

## Bei Thalidomid-Rücknahme Öffentlichkeit nicht gewarnt



The Irish Times - Monday, April 5, 2010

EITHNE DONNELLAN, Health Correspondent

Mitglieder der Irish Thalidomide Association Dr Austin O'Carroll, Maggie Woods (Mitte) und Finola Cassidy vor dem Leinster House für ein kürzlich stattgefundenes Treffen des Parlamentskomitees für Gesundheit und Kinder. Das Medikament wurde im Dezember 1961 bereits zurückgerufen während das Gesundheitsministerium Ärzte und Krankenhäuser erst im Juli 1962 informierte. Photo: Matt Kavanagh

DAS GESUNDHEITSMINISTERIUM hatte es unterlassen, eine unmittelbare Warnung an die Öffentlichkeit über die Gefahren von Thalidomid auszusprechen, nachdem es vom deutschen Hersteller 1961 zurückgezogen worden war, da „die Verdachtsmomente sich nicht bestätigt haben“, wie es in einem Memorandum an das Kabinett hieß.

Kabinetttunterlagen aus den Jahren 1973 und 1974, die sich mit der Reaktion der Regierung auf den Skandal zu dieser Zeit beschäftigen, sind durch die Irish Times in den Staatsarchiven gesichtet worden.

Sie weisen darauf hin, dass das Medikament, was zur Behandlung von morgendlicher Übelkeit eingesetzt wurde und die Missbildung Tausender von Neugeborenen zur Folge hatte, durch das pharmazeutische Unternehmen Chemie Grünenthal im Dezember 1961 zurückgezogen wurde, während das Gesundheitsministerium Ärzte und Krankenhäuser erst im Juli 1962 informierte.

Einige irische Frauen nahmen das Medikament während ihrer Schwangerschaft noch bis in das Frühjahr 1962.

Unter steigendem öffentlichen Druck in den frühen 70ern, den Thalidomid-Opfern eine Wiedergutmachung anzubieten, wurde das Kabinett informiert, dass der deutsche Hersteller des Medikamentes zugestimmt hatte, etwas Entschädigung zu zahlen. Allerdings waren die Auszahlungen an Einzelpersonen hier lediglich „ein Bruchteil“ dessen, was den Überlebenden in Großbritannien durch die Firma angeboten worden war, die das Medikament dort in Lizenz produziert hatten.

Das Kabinett, während es darüber beratschlagte, die deutschen Auszahlungen zu ergänzen, war bestrebt, auf keinen Fall eine Schuld für die Missbildungen, bedingt durch das Medikament, anzuerkennen. Ein Memo an das Kabinett im Oktober 1974, während Liam Cosgrave Taoiseach<sup>1</sup> war, riet, dass „der Generalstaatsanwalt es deutlich mache, dass die Regierung keine rechtliche oder moralische Verpflichtung aufgrund von Nachlässigkeit auf ihrer Seite habe“.

Aber das gleiche Memo enthielt auch die Notiz, dass, falls die irische Regierung zu den Zahlungen des deutschen Herstellers etwas dazu geben würde, „das Problem sich zum größten Teil erledigen würde und nicht immer weiter verschleppt würde“.

Es gab allerdings auch die Besorgnis, dass im Falle von Zusatzzahlungen an die Opfer, „der Staat bemerkenswerte Summen an Kinder zahlen würde, die für den Rest ihres Lebens in einer Institution kostenlos gepflegt würden“. Dies war zu dem Zeit-

---

<sup>1</sup> Bezeichnung für den irischen Premierminister

Original: <http://www.irishtimes.com/newspaper/ireland/2010/0405/1224267706478.html>

Übersetzung: Maria Bergner-Willig

punkt, als es bekannt wurde, dass lediglich 33 Kinder von dem in Deutschland hergestellten Produkt betroffen waren.

Ein anderes Memorandum an die Regierung im frühen Februar 1973, zu Jack Lynch's Zeit als Taoiseach und Erskine Childers' Zeit als Gesundheitsminister, berichtet über die weitere Entwicklung der Diskussion in die Richtung, dass die Regierung die Verantwortung übernehmen solle für das, was passiert war, da es keinen Überwachungsdienst für Medikamente in diesem Lande zum Verkaufszeitpunkt von Thalidomid zwischen 1959 und 1962 gab.

„Allerdings hatten zu diesem Zeitpunkt nur wenige Länder einen funktionierenden Überwachungsdienst für Medikamente, und es war nur das Ergebnis der Thalidomid-Erfahrung, dass solche Dienste ins Leben gerufen wurden ... selbst in Ländern, wo bereits solche Dienste im Einsatz waren, einschließlich der USA, gab es keine organisierte Einheit von medizinischen Meinungen, die es für notwendig erachtete, neue Medikamente auf ihre eventuellen Auswirkungen auf den Fötus einer Schwangeren zu testen,“ hieß es in dem Memo weiter.

In Verbindung zu Anregungen, dass das Gesundheitsministerium eine Warnung hätte herausgeben müssen, als das Medikament zurückgezogen wurde, im Falle dass Leute es noch zuhause hätten, stellt es fest: „Diese Art des Angriffs vernachlässigt, das Wissensklima zu der damaligen Zeit in Betracht zu ziehen. Die Verdachtsmomente bezüglich des Medikamentes hatten sich nicht bestätigt, und es war in keiner Weise offensichtlich, dass eine unmittelbare öffentliche Verlautbarung zu diesem Thema vom Ministerium hätte herausgegeben werden müssen.“

Nichtsdestotrotz fügt das Dokument hinzu, dass es „ein beachtliches Maß an öffentlichem Mitempfinden mit den Opfern dieser einzigartigen Tragödie“ und Druck gab, etwas auf dem Wege der Entschädigung zu unternehmen, da die Opfer „schwer im Zaum zu halten sein werden“.

Ende 1974 stimmte das Kabinett zu, die deutschen Zahlungen durch insgesamt £400.000 aufzubessern. Jedes Kind erhielt eine Einmalzahlung sowie eine lebenslange monatliche Zahlung, die Kosten lagen bei „£24.000 jährlich, sich langsam verringernd, wenn die Leistungsempfänger verstürben“.

Diese Entscheidung hatte als Ergebnis, dass die Opfer hier zu diesem Zeitpunkt zwischen £6.000 und £20.000 erhielten, abhängig vom Grad der Behinderung, plus monatliche lebenslange Auszahlung von £50 bis £150.

Die Regierung hatte zugestimmt, jedem Kind eine Einmalzahlung zu gewähren, die das Vierfache dessen betrug, die vom Hersteller angeboten worden war, sowie eine monatliche Zahlung, die der des Pharmazieunternehmens entsprach. Allerdings weisen Kabinettdokumente aus dem Dezember 1974 aus, dass die durchschnittlichen Auszahlungen in Großbritannien (umgerechnet) £55.000 betrug, in Australien waren es £40.000, und in Japan gab es zwischen £40.200 und £57.500.

Das Gesundheitsministerium teilt mit, dass die monatlichen Zahlungen an die irischen Überlebenden sich zwischen €514 und €1.109 bewegen.

# Ministerium wird gedrängt, alle Unterlagen bzgl. Umgang mit Information freizugeben

The Irish Times - Monday, April 5, 2010

EITHNE DONNELLAN, Health Correspondent

DIE GRUPPE, die die meisten Thalidomid-Überlebenden des Staates repräsentiert, hat das Gesundheitsministerium aufgerufen, sofort alle Dokumente freizugeben, die in Verbindung mit der Vorgehensweise des Ministeriums bezüglich des Rückzugs des Medikamentes stehen, das ihre Behinderungen verursachte.

Der Aufruf durch die irische Thalidomid-Vereinigung erfolgt, nachdem neue Informationen über das, was dem Kabinett in den Jahren 1973 und 1974 in Bezug auf die Rücknahme des Medikamentes mitgeteilt wurde, in den Staatsarchiven aufgedeckt wurden.

Finola Cassidy, die Sprecherin der Vereinigung, sagte, dass die in den Staatsarchiven aufgetauchten Informationen „schockierend“ seien und dass sie die schlimmsten Befürchtungen der Gruppe bezüglich der Geisteshaltung der Politiker und Beamten dieser Zeit widerspiegeln, die die Opfer des Thalidomid-Skandals als „Problem“ ansahen, das zu beseitigen war.

Die Dokumentation mache es auch deutlich, sagte sie, dass diejenigen in der Regierung zu der Zeit nicht erwarteten, dass die Thalidomid-Opfer lange leben würden, als den Auszahlungen an ihre Eltern 1974 zugestimmt wurde.

Eine Kabinetts-Memo sagte aus, dass die Zuwendungen an die Opfer kleiner werden würden, „wenn die Leistungsempfänger verstorben sind“.

Frau Cassidy sagte, dass es wahrscheinlich wesentlich mehr Informationen in den Unterlagen des Gesundheitsministeriums gebe über das Medikament und warum keine Warnung an irische Frauen herausgegeben wurde, sobald das Medikament im Dezember 1961 bzw. Januar 1962 durch den deutschen Hersteller zurückgerufen wurde. Sie drängte das Ministerium, diese Unterlagen freiwillig gegenüber der Vereinigung offen zu legen, damit der ganze Kontext klar würde.

Die Vereinigung, die beim Staat sowohl um eine Entschuldigung als auch um eine erhöhte Entschädigung nachsuchen aufgrund der erhöhten Behinderungsgrade ihrer Mitglieder im weiteren Leben, trifft sich mit Gesundheitsministerin Mary Harney in der nächsten Woche.

Frau Cassidy sagte, dass die Vereinigung das Thema der zurückgehaltenen Unterlagen bei dem Treffen ansprechen werde.

Vergangenen Dezember wurde es bekannt, dass die britische Regierung plante, eine Entschuldigung und weitere £20 Millionen (€22,6 Millionen) als Entschädigung ihren 466 Thalidomid-Überlebenden anzubieten. Dies war eine zusätzliche Zahlung zu einem früheren, wesentlich großzügigeren Vergleich, der mit den britischen Opfern in den 70ern abgeschlossen wurde.

Frau Harney teilte mit, dass sie bei der Behörde für Forderungen an den Staat (State Claims Agency) nachgefragt hat, diese Forderungen der Vereinigung im Zusammenhang mit der irischen und der internationalen Versorgung der Thalidomid-Opfer einerseits und im Kontext von irischer Rechtsprechung und Präzedenzfällen andererseits zu prüfen.

Sie erwartet in Kürze einen Bericht der Behörde.

Es gibt 32 Thalidomid-Überlebende im Staat. Die Irish Thalidomide Association vertritt den größten Teil von ihnen.